

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 26.04.2012

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Berenbrinker

CDU

Frau Brinkmann Fraktionsvorsitzende

Herr Graeser

Herr Heimen

Herr Kleinesdar

SPD

Herr Gieselmann

Frau Selle Fraktionsvorsitzende

Herr Sensenschmidt

Frau Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch

Herr John Fraktionsvorsitzender

Herr Steinkühler

BfB

Herr Huber

FDP

Frau Wilmsmeier

Piraten Partei

Herr Fermann

Verwaltung

Frau Busch-Viet

Frau Tacke-Romanowski

Herr Seibert

Frau Stude

Frau Steinborn

Jugendamt

Bauamt

Immobilienervicebetrieb

Büro des Rates

Schrifführung

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 29. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 18.04.2012 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Er gratuliert Herrn Kleinesdar und Herrn Heimen nachträglich zu ihren Geburtstagen und wünscht für das neue Lebensjahr alles Gute.

...-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Frau Christina Wollenske, Im Grugel 17, 33619 Bielefeld, stellt folgende Frage:

- Wie ist im Bereich der Großdornberger Straße, zwischen Auenpark und Kattensterdt, eine Fußgänger- und Fahrradsicherung möglich?

Sie führt erklärend aus, dass in dem Bereich sehr schnell gefahren werde und dies eine Gefahr für Fußgänger/Fußgängerinnen sowie Radfahrer/Radfahrerinnen darstellen würde.

Herr Berenbrinker führt aus, dass die Probleme in diesem Bereich bekannt seien und die Bezirksvertretung in der Vergangenheit angeregt habe, die Radwegeverbindungen zwischen dem Hochschulgelände und Babenhausen zu prüfen und sinnvoll zu verbessern. Im Rahmen des sich derzeit vom Amt für Verkehr in Entwicklung befindlichen Radwegekonzeptes für Bielefeld werde auch eine Überprüfung und Verbesserung des angegebenen Bereiches erfolgen. Hier müsse zunächst die Vorstellung des Radwegekonzeptes abgewartet werden.

Herr Stefan Biermann, Wertherstraße 304, 33619 Bielefeld stellt folgende Frage:

- Wie kann die Sperrung der B 68 in Halle (Westf.), bzw. der durch die Sperrung drohende Umleitungsverkehr durch Dornberg verhindert werden?

Herr Biermann führt aus, dass die Werbe- und Interessengemeinschaft Großdornberg e.V. eine Unterschriftenaktion durchgeführt habe und überreicht Herrn Berenbrinker 1.381 Unterschriften betroffener Anwohnerinnen und Anwohner, die eindringlich die Aussetzung der geplanten Sperrung der B 68 in Halle (Westf.) fordern. Er übergibt das dem Protokoll anliegende Schreiben hinsichtlich der Wünsche und Forderungen der Betroffenen und bittet um Weiterleitung der

Unterschriften an die Bezirksregierung Detmold sowie um Unterstützung durch die Bezirksvertretung Dornberg und die Verwaltung der Stadt Bielefeld.

Herr Berenbrinker bedankt sich und weist auf die Beratungen zu TOP 5 hin.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 15.03.2012**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 15.03.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Frau Stude macht folgende Mitteilungen:

Sperrung der Universitätsstraße

Die Bauarbeiten zum Umbau „Wellensieksplatz“ und die Anlage einer neuen Zufahrt zum Unicampus einschließlich dem Bau einer Gleiswendeanlage beginnen am 16.04.2012.

Buswendeanlage Vulsiekshof

Die Aufnahme der Bauarbeiten zur Errichtung der Buswendeanlage am Vulsiekshof sei im Mai/Juni geplant.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Sperrung der B 68 für Lastwagen in Halle - Auswirkungen auf den Stadtbezirk Dornberg**

Herr Berenbrinker berichtet aus der Einwohnerversammlung vom 18.04.2012, in welcher der Beigeordnete Herr Moss den derzeitigen IST-Zustand vorgestellt und erläutert habe. Es seien die wichtigsten Punkte festgehalten worden, zusammenfassend bleibe jedoch festzustellen, dass die Stadt Bielefeld und somit auch die Bezirksvertretung Dornberg keine direkte Einwirkungsmöglichkeit habe.

In der Einwohnerversammlung habe man überlegt, wie mit der Situation weiter umzugehen sei und man habe folgenden Konsens geschlossen:

1. Einrichtung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Anwohnerinnen und Anwohnern, Mitgliedern der Bezirksvertretung Dornberg und der Verwaltung, zur Entwicklung von Lösungsvorschlägen unter Berücksichtigung der in der Einwohnerversammlung vorgebrachten Vorschläge.
2. Auftrag an die Verwaltung vor dem Bürgerzentrum Dornberg „Amt Dornberg“ und zwischen Pappelkrug und Wellensiek zeitnah Verkehrszählungen und Immissionsmessungen durchzuführen um im Fall einer Sperrung der B 68 in Halle (Westf.) negative Auswirkungen auf den Stadtbezirk Dornberg nachweisen zu können.
3. Unterstützung des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses mit dem Zusatz, bei den Verhandlungen mit der Bezirksregierung Detmold darauf einzuwirken, möglichst auf eine Sperrung zu verzichten.

Herr Fermann erwidert, dass mit ihm kein Konsens geschlossen worden sei und äußert, dass die Informationsveranstaltung die Menschen habe demotivieren sollen. Er zeigt Unverständnis dafür, dass augenscheinlich nichts gegen die Sperrung unternommen werden könne und plädiert für verstärkten Einsatz. Er regt an, aktiv Zeichen zu setzen und z.B. zu demonstrieren. Er stellt folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung in der Wertherstraße, der Babenhauser Straße, der Deppendorfer Straße, der Kirchdornberger Straße und der Dornberger Straße eine Tempo-30-Zone einzurichten.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung diskutieren den Antrag und stellen fest, dass zunächst versucht werden solle die Sperrung in Halle (Westf.) zu verhindern um erst dann die weitergehenden Maßnahmen zu bestimmen. Entgegen der Meinung von Herrn Fermann begrüßen sie die Informationsveranstaltung, da die umfassende Information und auch Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger positiv zu bewerten seien. Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in nahezu gesamt Dornberg ergäbe nur eine Verlagerung des Problems und werde kritisch betrachtet. Bei Umsetzung zögen weitere betroffene Städte nach und eine befriedigende Lösung wäre so nicht zu erreichen.

Frau Selle spricht sich neben des Aussetzens der Sperrung in Halle (Westf.) für Verkehrszählungen und eine frühzeitige Verkehrsleitung aus.

Es besteht Einvernehmen, dass eine umfassende Zusammenarbeit mit weiteren Betroffenen ausgesprochen sinnvoll sei. Herr John regt an, den Regionalrat zur globaleren Betrachtung der Verkehrssituation über den Oberbürgermeister Herrn Clausen zu involvieren.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg setzen die vorangegangene Beratung in einem gemeinsamen Antrag um und fassen folgenden

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Dornberg unterstützt den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 20.03.2012 und bittet den Oberbürgermeister den Regionalrat zu ersuchen als ordentlichen Tagesordnungspunkt die Sperrung der B 68 in Halle und die Auswirkungen auf die Stadt Bielefeld, insb. den Stadtbezirk Dornberg, unter Einbeziehung der in der Einwohnerversammlung vom 18.04.2012 erarbeiteten Lösungsvorschläge zu beraten.
2. Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung vor dem Bürgerzentrum Dornberg „Amt Dornberg“ und zwischen Pappelkrug und Wellensiek zeitnah Verkehrszählungen und Immissionsmessungen durchzuführen um im Fall einer Sperrung der B 68 in Halle (Westf.) negative Auswirkungen auf den Stadtbezirk Dornberg nachweisen zu können. Im Fall negativer Auswirkungen ist mit entsprechenden verkehrslenkenden Maßnahmen entgegenzusteuern.
3. Die Bezirksvertretung Dornberg setzt umgehend eine Arbeitsgruppe ein, bestehend aus Mitgliedern der Bezirksvertretung, Anwohnerinnen und Anwohnern der betroffenen Straßen sowie der Stadt Bielefeld um die in der Einwohnerversammlung am 18.04.2012 vorgebrachten Lösungsvorschläge auf deren Umsetzungsmöglichkeit zu überprüfen und zu diskutieren.

Zu 1: - einstimmig beschlossen –

Zu 2: - einstimmig beschlossen -

Zu 3: - einstimmig beschlossen -

Herr Berenbrinker stellt den Antrag von Herrn Fermann zur Abstimmung:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung in der Wertherstraße, der Babenhauser Straße, der Deppendorfer Straße, der Kirchdornberger Straße und der Dornberger Straße eine Tempo-30-Zone einzurichten.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

1 ja Stimme

14 nein Stimmen

Zu Punkt 6

Umsetzung der bedarfsgerechten Planung der Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen und der Tagespflicht hier: Kindertageseinrichtung am Campus

Frau Busch-Viet erläutert, dass die Errichtung einer Kindertagesstätte auf der Gemeinbedarfsfläche am Campusgelände zeitnah nicht möglich sei. Frau Tacke-Romanowski ergänzt, dass die Erschließung der Gemeinbedarfsfläche auf dem Campusgelände erst im Zuge der

restlichen Bebauung des Campusgeländes erfolgt könne. Die Umsetzung sei die nächsten Jahre somit nicht möglich.

Frau Busch-Viet bestätigt einen Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen im Bereich des Campus und erläutert, dass das Jugendamt neue Standorte für eine Kindertagesstätte suche, da der bislang geplante Standort zur Realisierung nicht zur Verfügung stünde. Eine geeignete Gemeinbedarfsfläche befände sich am Gatower Weg. Hier könne auf dem hinten liegenden Grundstück kurzfristig der Bau einer Kindertagesstätte realisiert werden, alternativ dazu könne das auf dem vorderen Teil des Grundstückes befindliche Gebäude zu einer Tagesstätte umgebaut werden. Hier könnten jedoch die bestehenden Mietverträge eine Verzögerung der Umsetzung bedingen.

Frau Selle fragt nach einer bestehenden Gemeinbedarfsfläche auf dem Gelände des Hofes Hallau und einer dortigen Realisierung.

Frau Tacke-Romanowski und Herr Seibert bestätigen das Vorliegen einer Gemeinbedarfsfläche auf dem Gelände des Hofes Hallau, wenden jedoch ein, dass eine Zweckbestimmung für ein Begegnungszentrum vorläge. Hier müsse durch ein Bebauungsplanverfahren eine Änderung erfolgen, was vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer kurzfristigen Umsetzung zu überdenken sei. Weiterhin müssten die vorhandenen Mietverhältnisse bedacht werden, da diese nur unter besonderen Voraussetzungen zu kündigen seien.

Die Mitglieder diskutieren die verschiedenen Standorte und sind sich einig, dass der Standort Gatower Weg nicht als Ersatz für einen campusnahen Standort gelten könne. Der aus der Hochschule entstehende Bedarf müsse ortsnahe befriedigt werden. Zudem wolle man eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Der Hof Hallau erfülle grundsätzlich alle diese Bedingungen, zudem wolle man schon seit Jahren das Gelände zu gemeinnützigen Zwecken nutzen.

Herr Steinkühler stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt schnellst möglichst zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen langfristig auf dem Hof Hallau eine Kindertagesstätte eingerichtet werden kann.

Die Mitglieder begrüßen den Prüfauftrag und Frau Wilmsmeier und Frau Selle schlagen vor, zusätzlich das Gelände des ehemaligen Versorgungsamtes an der Kurt-Schumacher-Straße auf eine Eignung zu überprüfen, da auch hier eine direkte Anbindung an die Stadtbahn vorläge.

Herr Berenbrinker fasst die vorgenannten Punkte zusammen und die Mitglieder der Bezirksvertretung beschließen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt schnellst möglichst zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen langfristig auf dem Hof Hallau eine Kindertagesstätte eingerichtet werden kann.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung schnellst möglichst zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem zeitlichen Rahmen langfristig auf den nachfolgenden Flächen/Gebäuden eine Kindertragesstätte eingerichtet werden kann:

1. Gebäude und Gelände des Hof Hallau,
2. Gelände des ehemaligen Versorgungsamtes an der Kurt-Schumacher-Straße,
3. Gebäude der Fachhochschule.

Die von der Verwaltung als Ausweichstandort vorgeschlagene Fläche am Schürmannshof soll nicht als Standort für eine Kindertagesstätte weiterverfolgt werden.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Haushalt 2012 für den Stadtbezirk Dornberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4033/2009-2014

Herr Kleinesdar bittet um Auskunft, was sich hinter den für 2013 veranschlagten 71.000 € für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen für die Wertherstraße verbirgt. Herr Sensenschmidt erkundigt sich nach Einzelheiten zu den veranschlagten Mitteln für die Schulen. Frau Stude sagt zu, die Informationen bei den zuständigen Fachämtern einzuholen und nachzuliefern.

(Nach Auskunft des Amtes für Verkehr sind die 71.000,00 € für die Beleuchtung des neu auszubauenden Teilabschnitts der Wertherstraße bestimmt.

Die schulischen Mittel werden als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für den laufenden Betrieb pro Schule verwendet und setzen sich laut den Informationen des Amtes für Schule aus einem Grundbetrag plus einem Betrag, der nach der Anzahl der Schüler/-innen gestaffelt ist, zusammen. Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich um Gelder, die für Einrichtungsgegenstände bestimmt sind. Damit größere Anschaffungen möglich werden, kann das Geld angespart, d.h. in das nächste Jahr übertragen werden.)

Nach Klärung einer weiteren Frage von Frau Selle fasst die Bezirksvertretung Dornberg folgenden

Beschluss:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen
11.01.85 - Stadtbezirksmanagement Dornberg

(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 260 ff.)

11.01.95 - Bezirksvertretung Dornberg

(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 315 ff.) und

11.13.12 - Bezirksliches Grün Stadtbezirk Dornberg

(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 1160 ff.)

wird zugestimmt.

2. Dem **Bezirkshaushalt 2012 mit den Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen**
 - 2.1 mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung Dornberg (165E)
(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 1316 bis 1320)
 - 2.2 mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung Dornberg (165M)
(s. Haushaltsplanentwurf Band II, Seite 1321 bis 1323)wird zugestimmt.
3. Der **Fortschreibung der HSK-Maßnahme 10 „Bezirkliches Grün Stadtbezirk Dornberg“** wird zugestimmt.
4. Die **Sondermittel, die für 2012 für die Schulen eingeplant sind, können die jeweiligen Schulen eigenverantwortlich bewirtschaften.**
5. Die **Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat den Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten 2012 bis 2015 – bezogen auf den Stadtbezirk Dornberg – entsprechend zu beschließen.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2012-2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3958/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen Kenntnis und äußern die Bitte, die vorhandenen Versorgungsleitungen zu überprüfen und ggfls. auszutauschen, so dass langfristig keine weiteren Bauarbeiten erforderlich sein werden. Weiterhin soll die Sperrung der Wertherstraße jeweils nur in einer Richtung erfolgen, damit die ansässigen Geschäftsleute möglichst wenig beeinträchtigt werden.

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Öffentliche Straßenbeleuchtung – Konzept zur Ausleuchtung des Stadtbezirkes Dornberg

Frau Stude teilt mit, dass das Amt für Verkehr die bei den Abnahme- und Nachfahrten erhobenen Erkenntnisse besonders zu bisherigen Schwachstellen in der Ausleuchtung von Wohn- und Anliegerstraße in einer Prioritätenliste für eine zukünftige Anpassung der Beleuchtungssituation erfassen werden. Ebenso würden berechtigte Hinweise aus der Bevölkerung berücksichtigt. In der Spandauer Allee, der Kreuzberger Straße und der Treptower Straße sollen in diesem Jahr die vier Meter hohen Masten gegen sechs Meter hohe Masten ausgetauscht werden.

Im Tempelhofer Weg sollen ebenfalls in diesem Jahr zur Verbesserung der vorhandenen Beleuchtung zwei zusätzliche Masten mit zugehörigen Leuchten aufgestellt werden. Die zusätzlichen Masten und Leuchten würde voraussichtlich nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW eine Beitragspflicht für Anlieger nach sich ziehen.

Die Stadt Bielefeld befände sich z.Zt. noch im Nothaushalt, deshalb könnten nicht alle Wünsche auf Überarbeitung der Beleuchtung erfüllt werden. Die Beleuchtung in den übrigen in der Niederschrift der Sitzung am 19.01.2012 aufgeführten Straßenabschnitte könne somit erst im Laufe der nächsten Jahre abwechselnd mit anderen Streckenabschnitten in anderen Stadtbezirken angepasst werden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen Kenntnis.

-.-.-

Hermann Berenbrinker,
Bezirksbürgermeister

Steinborn,
Schriftführerin